

ZUSAMMENFASSENDE ERKLÄRUNG NACH § 10 a Abs. 1 BauGB

Der vorgenannte Bebauungsplan ist mit ortsüblicher Bekanntmachung am in Kraft getreten. Im Zuge der Aufstellung des Bebauungsplans wurde eine Umweltprüfung sowie die Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange durchgeführt (§§ 2 Abs. 4, 3, 4 BauGB).

Es besteht die Verpflichtung, dem In Kraft getretenen Bebauungsplan eine zusammenfassende Erklärung beizufügen über die Art und Weise, wie die Umweltbelange und die Ergebnisse der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung in dem Bebauungsplan berücksichtigt wurden, und über die Gründe, aus denen der Plan nach Abwägung mit den geprüften, in Betracht kommenden anderweitigen Planungsmöglichkeiten gewählt wurde.

1. Umweltbelange

| Belange der Umwelt nach § 1 Abs. 6, Nr. 7 BauGB | Verbleibende nachteilige Umweltauswirkungen |
|---|---|
| a. Auswirkungen auf Tiere, Pflanzen, Boden, Wasser, Luft, Klima und das Wirkungsgefüge zwischen Ihnen sowie die Landschaft und die biologische Vielfalt. | Alle Eingriffe in Natur und Landschaft werden durch Maßnahmen zur Eingriffsvermeidung und -minimierung und durch interne und externe Ausgleichsmaßnahmen und CEF-Maßnahmen vollständig kompensiert. |
| b. Erhaltungsziele und der Schutzzweck der Natura 2000-Gebiete im Sinne des Bundesnaturschutzgesetzes. | Auswirkungen auf Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung oder europäischer Vogelschutzgebiete sind nicht gegeben. |
| c. umweltbezogene Auswirkungen auf den Menschen und seine Gesundheit sowie die Bevölkerung insgesamt. | Lärmeinwirkungen auf das Plangebiet durch Straßen- und Schienenverkehrslärm wurden im Lärmgutachten beurteilt und können durch passive Lärmschutzmaßnahmen bewältigt werden. |
| d. umweltbezogene Auswirkungen auf Kulturgüter und sonstige Sachgüter. | keine |
| e. Vermeidung von Emissionen sowie der sachgerechte Umgang mit Abfällen und Abwässern. | Im Bebauungsplanverfahren nicht erheblich |
| f. Nutzung erneuerbarer Energie sowie die sparsame und effiziente Nutzung von Energie. | Im Bebauungsplan ist auf das Energiefachrecht (GEG) und auf das geltende Klimaschutzgesetz (KSG BW) verwiesen. |
| g. Darstellung von Landschaftsplänen sowie von sonstigen Plänen (insbesondere des Wasser-, Abfall- und Immissionsschutzrechts). | Im Rahmen von Ziffer a – f berücksichtigt. |
| h. Erhaltung bestmöglicher Luftqualität in Gebieten, in denen die durch Rechtsverordnung zur Erfüllung von Rechtsakten der Europäischen Union festgelegten Immissionsgrenzwerte nicht überschritten werden. | nicht betroffen |

| | |
|---|---|
| i. Wechselwirkung zwischen den einzelnen Belangen des Umweltschutzes nach den Buchstaben a bis d. | nicht erheblich |
| j. Unbeschadet des § 50 Satz 1 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes, die Auswirkungen, die aufgrund der Anfälligkeit der nach dem Bebauungsplan zulässigen Vorhaben für schwere Unfälle oder Katastrophen zu erwarten sind, auf die Belange nach den Buchstaben a bis d und i. | nicht erheblich |
| Umweltbelange nach § 1a BauGB | Umweltauswirkung |
| Bodenschutzklausel nach § 1a Abs. 2 Satz 1 | wurde beachtet |
| Umwidmungssperrklausel nach § 1a Abs. 2 Satz 2 | Die Umnutzung beschränkt sich auf den notwendigen Umfang. |
| Berücksichtigung von Vermeidung und Ausgleich nach der Eingriffsregelung gem. § 1a Abs. 3 | Die Eingriffsregelung wurde im Bebauungsplanverfahren berücksichtigt. |
| Berücksichtigung der Vorgaben der Verträglichkeitsprüfung bei Beeinträchtigungen von Natura 2000-Gebieten gem. § 1a Abs. 4 | nicht betroffen |
| Berücksichtigung der Erfordernisse des Klimaschutzes sowohl durch Maßnahmen die dem Klimawandel entgegenwirken, als auch durch solche, die der Anpassung an den Klimawandel dienen, gem. § 1a Abs. 5 | Auf Ziffer 9.3 der Begründung wird verwiesen. Dort sind alle relevanten Maßnahmen zum Klimaschutz beschrieben und begründet. |
| Umweltbelange nach § 33a NatSchG | Umweltauswirkung |
| Erhaltung von Streuobstbeständen und Ausgleich bei Umwandlung | Es sind Streuobstbestände betroffen, für die ein Ausgleich und eine Ausnahme vom Biotopschutz erforderlich wurde. Die Ausnahmegenehmigung wurde mittlerweile erteilt und liegt der Gemeinde vor. |

Zusätzliche Umweltauswirkungen sind nicht zu erwarten.

2. Verfahren und Ergebnisse der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung

Der Aufstellungsbeschluss des Bebauungsplans wurde in der Gemeinderatssitzung am 21.03.2018 gefasst. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB fand in der Zeit vom 16.05.2019 bis 21.06.2019 statt. Die Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange wurden im gleichen Zeitraum frühzeitig am Verfahren beteiligt. Der Bebauungsplanentwurf wurde in der Gemeinderatssitzung am 27.07.2022 gebilligt. Die Beteiligung der Öffentlichkeit durch die Auslegung des Planentwurf nach § 3 Abs. 2 BauGB wurde am 04.08.2022 im Amtsblatt bekannt gemacht und fand in der Zeit vom 15.08.2022 bis 16.09.2022 statt. Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden gemäß § 4 Abs. 2 BauGB mit Schreiben vom 08.08.2022 um Stellungnahme gebeten. Der Satzungsbeschluss wurde in der Gemeinderatssitzung am 23.11.2022 gefasst.

2.1 Ergebnisse im Rahmen von § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB (frühzeitige Anhörung)

Es wird vollumfänglich auf die Abwägungsvorlage vom 11.04.2022 verwiesen, die zum Satzungsbeschluss vorlag. Die Ergebnisse wurden entsprechend der dortigen Ausführungen im Bebauungsplan berücksichtigt: Themen wie Verdichtung, Klimaschutz, Entwässerung, Bodenschutzkonzept, Solarpflicht, usw. wurden vorgebracht und behandelt.

2.2 Ergebnisse im Rahmen von § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB (Anhörung)

Es wird vollumfänglich auf die Abwägungsvorlage vom 11.04.2022 verwiesen, die zum Satzungsbeschluss vorlag. Als Ergebnis erfolgten lediglich redaktionellen Anpassungen in den Festsetzungen und in den Hinweisen.

3. Planalternativen

Die Lage der Gebietsentwicklung war bereits durch den Flächennutzungsplan vorgegeben. Planalternativen mit unterschiedlichen Ansätzen für die Erschließung lagen im Rahmen der Konzeptfindung vor. Mit der Entscheidung des Gemeinderats fand eine Festlegung auf das dem Bebauungsplan zugrunde liegende, städtebauliche Konzept statt. Die genannten städtebaulichen Ziele können nur mit der vorliegenden Planung am bestehenden Standort erreicht werden.

4. Zusammenfassung

Mit dem vorliegenden Bebauungsplan wird das Gebiet Schaftrieb in der Gemeinde Karlsbad, Ortsteil Langensteinbach entwickelt. Relevante Auswirkungen auf Umweltbelange ergeben sich durch die Planung nicht bzw. können durch Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen sowie durch interne und externe Ausgleichsmaßnahmen und CEF-Maßnahmen kompensiert und ausgeglichen werden. Die Ergebnisse der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung sind wie in den Ziffern 2.1 und 2.2 beschrieben in die Planung eingeflossen.

Das Plangebiet kann somit in die Realisierungsphase gehen.

Karlsbad, den 15.12.2022


Jens Timm
Bürgermeister

